

Niederschrift

über die 7. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Kinder, Jugendliche und Familien
am Mittwoch, 26.10.2005, 18:25 Uhr,
Raum 2/1, Stadthaus 2, Ludgeriplatz 4, 48151 Münster

Anwesend waren:

von der CDU-Fraktion

Herr Markus Funk, Frau Carmen Greefrath, Frau Christiane Krüger, Herr Josef Rickfelder

von der SPD-Fraktion

Frau Maria Anna Hakenes, Herr Adrian Hergt, Frau Marianne Hopmann

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL

Herr Friedhelm Gerhard in Vertretung von Frau Jutta Möllers, Herr Karl-Heinz Neubert
bis 19:10 Uhr (TOP 5)

von den Trägern der freien Jugendhilfe

Herr Stephan Degen, Herr Prof. Dr. Martin Heidrich bis 19:45 Uhr (TOP 5), Frau Irmgard
Köster-Goorkotte in Vertretung von Frau Lebkücher, Herr Ulrich Messing, Herr Alexander
Schmidt, Herr Wilfried Stein

beratende Mitglieder

Frau Gerda Benien, Herr Uwe Brunnen, Herr Mark Dingerkus in Vertretung von Herrn Siegel,
Herr Rolf Grieskamp in Vertretung von Herrn Timmer, Frau Christiane Hansmann in Vertretung
von Herrn Fröse; bis 19:15 Uhr (TOP 5), Frau Beate Heeg bis 20:40 Uhr (TOP 8), Frau Petra
Karallus in Vertretung von Frau Markerth, Herr Ismet Keles bis 19:30 Uhr (TOP 5), Frau
Dr. Agnes Klein, Frau Ute Kuchenbecker bis 20:30 Uhr (TOP 6), Frau Anna Pohl, Herr Benno
Sandfort in Vertretung von Herrn Dr. Gahlen; bis 19:50 Uhr (TOP 5), Herr Klaus Tantow,
Frau Rita Tücking

Sachverständige

Frau Buer vom Anna-Krückmann-Haus, Frau Große-Frintrop vom Haus der Familie, Frau
Rosenberger vom Arbeitskreis soziale Bildung und Beratung, Herr Wiltschut von der
Ev. Familienbildungsstätte

von der Verwaltung

Herr Tilman Fuchs, Herr Felix Graf von Plettenberg, Herr Oliver Heintze, Frau Birgit Herdes,
Frau Sibylle Kratz-Trutti, Herr Karl Materla, Herr Bernhard Paschert, Herr Frank-Detlev Philipp,
Herr Wolfgang Schoor, Frau Silke Thesing, Herr Heiner Vogt

für die Schriftführung

Herr Heinz Lembeck

Es fehlten entschuldigt

Herr Manfred Hardt, Herr Dieter Schönfelder, Herr Lutz Selig

nichtöffentlicher Sitzungsteil

siehe Niederschrift über die Sitzung (nichtöffentlicher Teil) des Ausschusses für Kinder, Jugendliche und Familien am 26.10.2005

Tagesordnung:

- | | | |
|-------------------------|-----|---|
| | 1. | Festlegung der Tagesordnungspunkte, bei denen die Anwesenheit von Verwaltungsmitarbeiterinnen oder -mitarbeitern erforderlich ist |
| | 2. | Eingegangene Anträge und Eingaben |
| | 3. | Berichte und Mitteilungen |
| | 4. | Anfragen von Ausschussmitgliedern |
| | 5. | Einführung in das Neue Kommunale Finanzmanagement (NKF) - Produktbereich „Kinder-, Jugend- und Familienhilfe“ |
| <u>V/0824/2005</u>
V | 6. | Erster Bericht Familienbildungsstätten in Münster, 2005 |
| <u>V/0831/2005</u>
V | 7. | Ausbau der Kindertagesbetreuungsangebote im Rahmen des städt. u3-Programms - Ergänzende Investitionsmaßnahmen II |
| <u>V/0742/2005</u>
V | 8. | Jahresbericht 2004 zur Kinder- und Jugendarbeit in Münster |
| <u>V/0767/2005</u>
V | 9. | Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII - hier: ESE e.V. |
| | 10. | Verschiedenes |

Um 18:25 Uhr eröffnete Herr Rickfelder als Vorsitzender die 7. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Kinder, Jugendliche und Familien und begrüßte die Anwesenden. Er stellte die ordnungsgemäße Einberufung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Vor Eintritt in die Tagesordnung

- verpflichtete der Vorsitzende Herrn Friedhelm Gerhard und Herrn Rolf Grieskamp als neue Mitglieder des Ausschusses.
- schlug der Vorsitzende vor, die Tagesordnung zu ändern und den Tagesordnungspunkt 9 „Erster Bericht der Familienbildungsstätten in Münster“ als Tagesordnungspunkt 6 zu behandeln und alle weiteren Tagesordnungspunkte entsprechend zu verschieben. Dem wurde einvernehmlich zugestimmt. Weitere Wünsche zur Veränderung der Tagesordnung gab es nicht.

- wies Frau Greefrath auf in ihrer Fraktion bestehenden weiteren Informationsbedarf zum Tagesordnungspunkt 9 „Anerkennung des ESE e.V. als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII“ hin, worauf einvernehmlich vereinbart wurde, dies erst bei der Behandlung des Tagesordnungspunktes zu klären und dann darüber zu entscheiden, ob es zu einer Beschlussfassung kommen sollte oder nicht.
- begrüßte der Vorsitzende zum Tagesordnungspunkt 5 „Einführung in das Neue Kommunale Finanzmanagement“ Frau Dr. Annemarie Janetzki vom Amt für Finanzen und Beteiligungen. Zum Tagesordnungspunkt 6 „Erster Bericht der Familienbildungsstätten in Münster“ begrüßte der Vorsitzende die Leiterinnen und den Leiter der Familienbildungsstätten in Münster, Frau Buer, Frau Große-Frintrop, Frau Rosenberger und Herrn Wiltshut. Sie wurden als Sachverständige gemäß § 30 Abs. 7 der Geschäftsordnung angehört.
- informierte Herr Rickfelder darüber, dass als Tischvorlagen von der Verwaltung verteilt wurden:
 - > eine Information über die Fachtagung „Perspektiven der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen“ des Städte- und Gemeindebundes NW und der Bertelsmann Stiftung am 15.11.2005 in Münster (Anlage 1),
 - > die Ergänzung zur Vorlage V/0511/2005 mit den abweichenden Beschlüssen zur Vorlage „Trägerübergreifendes Forum ...“, die der Ausschuss am 07.09.2005 beraten hat (Anlage 2),
 - > der Bericht zum Controlling im Amt für Kinder, Jugendliche und Familien für das III. Quartal 2005 (Anlage 3), und
 - > ein Schreiben des Amtes des Rates und des Oberbürgermeisters vom 27.09.2005 zum Verfahren für die Beratung von Berichtsvorlagen in den parlamentarischen Gremien der Stadt Münster (Anlage 4).

Punkt 1 der Tagesordnung

Festlegung der Tagesordnungspunkte, bei denen die Anwesenheit von Verwaltungsmitarbeiterinnen oder -mitarbeitern erforderlich ist

Zu allen Punkten der Tagesordnung wurde die Anwesenheit von Mitarbeiterinnen oder Mitarbeitern der Verwaltung gewünscht.

Punkt 2 der Tagesordnung

Eingegangene Anträge und Eingaben

Herr Rickfelder gab folgende Anträge mit den angegebenen Hinweisen zum weiteren Verfahren bekannt:

- Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP vom 08.09.2005 „Leistungsvereinbarungen für alle Bereiche des KJHG“.

Dazu werde die Verwaltung eine Vorlage erstellen und dem Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien im üblichen Verfahren vorlegen.

- Antrag der Fraktionsgemeinschaft UWG/oedp an den Rat vom 06.09.2005 „Familiengerechtes Wachstum unserer Stadt fördern“, der inhaltliche Bezüge zur Jugendhilfe habe, für den das Amt für Kinder, Jugendliche und Familien aber nicht federführend sei.

Der Antrag wurde am 21.09.2005 im Rat der Stadt Münster eingebracht. Der Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien werde in Abhängigkeit vom Sachzusammenhang an der weiteren Beratung beteiligt, wenn die Verwaltung entsprechende parlamentarische Beratungsvorlagen erstellt.

- Anträge freier Träger zu den Etatberatungen für das Haushaltsjahr 2006:
 - > Antrag der evangelischen Kirchengemeinde Handorf vom 27.09.2005, die erforderlichen Mittel für die Fortführung der Jugendanlaufstelle Dorbaum (Personal- und Betriebskostenzuschuss, Programmmittel) bereitzustellen und
 - > Antrag des Vereins Zartbitter Münster e. V. vom 05.10.2005 auf Erhöhung der städtischen Förderung für das Jahr 2005.

Die Anträge würden als so genannte Etatanträge behandelt und - wie in den vergangenen Jahren - zu den Beratungen des Ausschusses für Kinder, Jugendliche und Familien über den Entwurf des Haushaltsplans 2006 ebenso mit einer Kommentierung durch die Verwaltung vorgelegt, wie eventuell noch weitere eingehende Etatanträge freier Träger.

Alle Anträge wurden mit den Unterlagen zur Sitzung an die Mitglieder des Ausschusses verschickt.

Punkt 3 der Tagesordnung

Berichte und Mitteilungen

Frau Dr. Klein berichtete:

- 3.1 Zum Stand der Anträge der SPD-Fraktion vom 08.03.2005 „Ein Jugendparlament für Münster“ und der Fraktionen der CDU und der FDP vom 01.06.2005 „Vom Zuschauer zum Mitspieler - Ein Jugendparlament für Münster schaffen“:

Beide Anträge wurden im Rat eingebracht. Die Verwaltung hatte eine Verfahrensvorlage an den Hauptausschuss erstellt, die dort am 21.09.2005 beraten und beschlossen wurde. Diese Vorlage an den Hauptausschuss V/0730/2005 „Jugendparlament für Münster“ wurde den Mitgliedern zur Information zugeschickt.

Frau Dr. Klein wies auf ein Expertinnenhearing am 1. Februar 2006 hin, bei dem es unter Beteiligung von Jugendlichen neben einem fachlichen Input auch Beispiele für entsprechende Beteiligungsformen anderer Kommunen geben solle.

Herr Neubert äußerte für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL Bedenken gegen die Vorlage, da sie seiner Ansicht nach nicht nur eine Verweisung an einen Fachausschuss sondern bereits Beschlüsse beinhalte, für die er eine vorherige Beteiligung des Ausschusses für Kinder, Jugendliche und Familien für erforderlich hielt. Dies betreffe insbesondere eine Entscheidung zur Durchführung des Hearings sowie dessen Finanzierung. Das Verfahren hielt er daher für ungewöhnlich, zumal seine Fraktion noch beabsichtige, einen Antrag zur Sache vorzulegen, der nun eventuell nicht mehr berücksichtigt werden könne.

Für die Verwaltung stellten Frau Dr. Klein und Frau Pohl dar, dass mit der Vorlage V/0730/2005 noch keine Fakten geschaffen worden seien. Vielmehr sei das geplante Hearing als vorbereitende Maßnahme zur Meinungsbildung für die Fachöffentlichkeit anzusehen, bevor in der Sache eine Entscheidung getroffen werde. So sei es auch kein Problem, im weiteren Prozess noch Anträge einzubringen.

Nach kurzer Diskussion wurde auf Vorschlag von Frau Dr. Klein vereinbart, in der Sache eine Stellungnahme des Amtes des Rates und des Oberbürgermeisters einzuholen und den Ausschuss in der nächsten Sitzung über das Ergebnis zu informieren.

- 3.2 Über die abschließende Beschlussfassung des Rates zur Vorlage V/0511/2005 „Trägerübergreifendes Forum“ (Anlage 2):

In der Sitzung am 07.09.2005 hatte der Ausschuss über die Vorlage beraten und dazu einstimmig beschlossen, den Beschlusspunkt 1 der Vorlage zu ergänzen. Dieser abweichende Beschluss wurde gemeinsam mit den Änderungsvorschlägen anderer Gremien in Form einer Ergänzungsvorlage dem Rat zur Entscheidung vorgelegt.

Diese Ergänzungsvorlage mit den insgesamt vorgenommenen Ergänzungen lag dem Ausschuss als Tischvorlage vor. Der Rat hatte die Vorlage in der Form der Ergänzungsvorlage am 21.09.2005 beschlossen und damit u. a. die Anregung des Ausschusses für Kinder, Jugendliche und Familien übernommen.

- 3.3 Zur Vorlage V/0646/2005 „Jugendarbeitslosigkeit in Münster - Kommunale Handlungsschwerpunkte Teil II“:

Frau Dr. Klein gab den Inhalt eines Schreibens der CDU-Fraktion bekannt, mit dem noch Beratungsbedarf in der Sache angemeldet wurde und dass die Beratung der Vorlage im Ausschuss danach für die Sitzung am 23.11.2005 vorgesehen sei.

Frau Pohl berichtete:

- 3.4 Zu einem Schreiben des Amtes des Rates und des Oberbürgermeisters zum Verfahren für die Beratung von Berichtsvorlagen in den parlamentarischen Gremien (Anlage 4):

Das Amt des Rates und des Oberbürgermeisters hatte die Damen und Herren des Rates sowie die Bezirksvorsteher und Bezirksvorsteherinnen mit einem Schreiben vom 27.09.2005 über das geltende Verfahren für die Beratung von Berichtsvorlagen in den parlamentarischen Gremien der Stadt Münster informiert.

Da dem Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien zahlreiche Mitglieder angehören, die nicht Ratsmitglieder sind, wurde dieses Schreiben als Tischvorlage zur Information verteilt.

- 3.5 Zum Projekt „mitWirkung“, einer Initiative zur Stärkung der Kinder- und Jugendbeteiligung:

Münster hatte sich gemeinsam mit 42 anderen Städten und Gemeinden aus ganz Deutschland an der Initiative „mitWirkung“ der Bertelsmann Stiftung, des Deutschen Kinderhilfswerks und von UNICEF beteiligt.

In einer wissenschaftlichen Untersuchung wurden Kinder und Jugendliche im Alter von 12 bis 18 Jahren an Schulen nach ihren Beteiligungswünschen und -möglichkeiten befragt. Weiterhin wurden Schulleiter, Lehrer und Vertreter der Stadtverwaltung um ihre Einschätzungen gebeten. Die Ergebnisse der Studie lagen inzwischen vor.

Frau Pohl informierte die Mitglieder über eine Veranstaltung der Bertelsmann Stiftung und des Städte- und Gemeindebundes Nordrhein-Westfalen am 15. November 2005 in Münster, die sich an Fach- und Führungskräfte aus der Kommunalverwaltung sowie an

jugendpolitisch interessierte Kommunalpolitiker aus Nordrhein-Westfalen richtete (Anlage 1). Darin würden die Ergebnisse der Studie und Handlungsansätze zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen vorgestellt.

3.6 Bewerbung für ein Modellprojekt des Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend:

Mit der Einführung der §§ 78 a-g in das SGB VIII wurden die Leistungserbringer im teilstationären und stationären Bereich der Jugendhilfe und die öffentlichen Träger verpflichtet, miteinander Vereinbarungen über Leistungsangebote, Entgelte und Qualitätsentwicklung zu schließen.

Zur Entwicklung von wirkungsorientierten Steuerungsmechanismen mit dem Ziel der Steigerung der Effektivität und Effizienz der eingesetzten Mittel hatte das Bundesministerium das Modellprojekt „Qualifizierung der Hilfen zur Erziehung durch wirkungsorientierte Ausgestaltung der Leistungs-, Entgelt- und Qualitätsentwicklungsvereinbarungen nach §§ 78 a ff SGB VIII“ ausgeschrieben. Das Modellprojekt solle über drei Jahre laufen. Bewerben könnten sich ausschließlich Tandems aus freiem und öffentlichem Jugendhilfeträger. Die Teilnehmer erhielten eine qualifizierte Beratung und Moderation bei der Entwicklung einer wirkungsorientierten Ausgestaltung der Leistungs-, Entgelt- und Qualitätsentwicklungsvereinbarungen. Kosten würden für die Teilnehmer nicht anfallen.

Mitte Oktober erklärte das Kinderheim St. Mauritz als größter Heimträger seine Bereitschaft, sich gemeinsam mit dem Amt für Kinder, Jugendliche und Familien zu bewerben. Die Verwaltung wolle dies tun und erhoffe sich durch eine Teilnahme die Entwicklung noch wirkungsvollerer und wirtschaftlicherer Steuerungselemente zum Einsatz der vorhandenen Mittel. Selbstverständlich würden die übrigen in Münster im Bereich der Hilfen zur Erziehung tätigen Träger regelmäßig über den Verlauf und die Ergebnisse des Projektes informiert.

Eine Voraussetzung für die Bewerbung sei das Einverständnis des Ausschusses für Kinder, Jugendliche und Familien. Der Ausschuss gab daraufhin einstimmig seine Zustimmung für die Bewerbung zur Teilnahme am Modellprojekt.

Punkt 4 der Tagesordnung

Anfragen von Ausschussmitgliedern

Auf Nachfrage von Herrn Messing informierte Frau Pohl den Ausschuss darüber, dass es zur Auswahl der Teilnehmer an der Weiterführung des „Qualitätsmanagementsystem Münster für Kindertageseinrichtungen“ (QUAMS 2) eine Verfahrensabsprache mit dem das Projekt begleitenden Prof. Tietze geben werde. An dem daraus resultierende Vorschlag für die Teilnehmer werde der Ausschuss, wie im Verfahren zu QUAMS 1, beteiligt.

Punkt 5 der Tagesordnung

Einführung in das Neue Kommunale Finanzmanagement (NKF) - Produktbereich „Kinder-, Jugend- und Familienhilfe“

Der Vorsitzende begrüßte zu dem Tagesordnungspunkt Frau Dr. Janetzki vom Amt für Finanzen und Beteiligungen. Frau Dr. Janetzki bedankte sich für die Möglichkeit der Information, stellte sich und ihre Aufgaben kurz vor und bot an, den Mitgliedern auch außerhalb der Sitzungen für weitergehende Fragen und Informationen zum Thema zur Verfügung zu stehen. Sie

verteilte den aktuellen Produktplan der Stadt Münster. Es wurde vereinbart, die von ihr erläuterten Unterlagen dem Protokoll als Anlage 5 beizufügen.

Anschließend stellte Frau Dr. Janetzki die Daten und Ziele des Neuen Kommunalen Finanzmanagements (NKF) dar. Ein Schwerpunkt war die Kommunikation sowie das Marketing mit prozessbegleitender Kommunikation für Politik und Verwaltung vor Ort in Münster. Hierbei ging sie insbesondere auf den politischen Arbeitskreis, die regelmäßige Sprechstunde für die Politik und die Entwicklung eines Informationshandbuchs ein.

Ferner erläuterte sie den ab 2008 auch im Bereich der Jugendhilfe zu erwartenden neuen Haushalt in Münster mit Layout, Struktur und Produktplan. Die Produkthierarchie erklärte sie mit einigen Beispielen und der damit verbundenen neuen Aussagefähigkeit. Schließlich stellte sie den Aufbau der künftigen kommunalen Bilanz, der Finanz- und Teilpläne vor und erläuterte die zu erarbeitenden Voraussetzungen zum Haushaltsausgleich.

Zum Inhalt des Vortrags und der Einführung des NKF wurden verschiedene Fragen gestellt, die von Frau Dr. Janetzki sowie Frau Dr. Klein im Detail beantwortet wurden. Dabei wurde deutlich, dass es im weiteren Verfahren eine Verständigung darüber geben müsse, was die Mitglieder der parlamentarischen Gremien in Zukunft für die Haushaltsplanberatungen benötigen.

Der Vorsitzende bat die Verwaltung, für den Ausschuss im Jahr 2006 z. B. in Form einer Klausurtagung eine weitere Annäherung an das Thema vorzubereiten. Abschließend bedankte er sich im Namen des Ausschusses bei Frau Dr. Janetzki für die Einführung in das NKF.

Punkt 6 der Tagesordnung V/0824/2005

Erster Bericht Familienbildungsstätten in Münster, 2005

Herr Rickfelder begrüßte zu dem Tagesordnungspunkt die Leiterinnen und den Leiter der Familienbildungsstätten in Münster, Frau Buer, Frau Große-Frintrop, Frau Rosenberger und Herrn Wiltschut und bat die Mitglieder des Ausschusses um ihre Stellungnahmen und Fragen zum vorliegenden Bericht.

Es ergab sich eine sehr intensive Diskussion, wobei mehrfach nach Möglichkeiten der Einrichtungen gefragt wurde, wie vor allem benachteiligten Familien der Zugang zu den Angeboten der Familienbildungsstätten erleichtert werden könne. Zwar wurde anerkannt, dass es schwierig sei, eine solche Aufgabe bei deutlich begrenzten finanziellen Möglichkeiten und einem weitergehenden Auftrag der Einrichtungen zu leisten. Dennoch wurden im Verlauf der Aussprache einige Aspekte gefunden, wie dies durchaus Erfolg versprechend angegangen werden könne.

So wurde mehrfach darauf hingewiesen, dass es wichtig sei, Kooperationen mit anderen Trägern gerade auch in Bereichen mit benachteiligten Eltern zu suchen oder bestehende Vernetzungen entsprechend weiterzuentwickeln, um die betreffenden Familien zu erreichen und sie gegebenenfalls sogar zu begleiten. Auch in den von der Landesregierung favorisierten Familienzentren wurden Chancen gesehen, zu einer intensiveren Stadtteilarbeit zu gelangen und die Beratungs- und Bildungsmöglichkeiten für viele Familien zu verbessern.

Nach der Beantwortung verschiedener Detailfragen bedankte sich der Vorsitzende bei den Leiterinnen und dem Leiter der Familienbildungsstätten für den gelungenen Bericht und lobte die gute Arbeit der Einrichtungen in Münster.

Der Ausschuss nahm den Bericht zur Kenntnis.

**Punkt 7 der Tagesordnung
V/0831/2005**

**Ausbau der Kindertagesbetreuungsangebote im
Rahmen des städt. u3-Programms - Ergänzende
Investitionsmaßnahmen II**

Der Ausschuss beschloss einstimmig:

„Sachentscheidung:

1. Dem Heinrich-Piepmeyer-Haus - Integrative Kindertagesstätte - wird ein ergänzender Investitionszuschuss in Höhe von 4.000,00 € für die Anschaffung notwendiger Einrichtungsgegenstände zur Realisierung der Plätze für unter dreijährige Kinder im Rahmen des städtischen u3-Programms zur Verfügung gestellt.

Der Grundsatzbeschluss zur Förderung des Trägers nach dem TAG wurde vom Rat bereits am 29.06.2005 beschlossen (Vorlage Nr. 289/2005).

Kosten/Folgekosten

Es wird zur Kenntnis genommen, dass einmalige Investitionskosten in Höhe von 4.000,00 € entstehen.

Finanzierung/Mittelbereitstellung

Die erforderlichen Mittel in Höhe von 4.000,00 € werden gem. § 82 Abs. 1 GO NW außerplanmäßig bei der Hst. 4640.988.0700.2 ‚Investitionszuschüsse u3-Programm‘ bereitgestellt.

Deckung: Sperrung bei der Hst. 4640.940.0700.8 ‚Baukosten TAG für unter dreijährige Kinder‘.

Die Umsetzung des Tagesbetreuungs-Ausbauprogramms der Stadt Münster (u-3-Programm) ist im Rahmen der Vorlage 1033/2004 ‚... unter dem Vorbehalt der gesamtstädtisch nachhaltigen Finanzierung, insbesondere durch Einsparungen im Rahmen der Umsetzung von Hartz IV ...‘ vom Rat der Stadt Münster beschlossen worden; investive Mittel in Höhe von 1 Mio € wurden in den Haushalt für die Jahre 2005 - 2010 eingestellt.“

**Punkt 8 der Tagesordnung
V/0742/2005**

**Jahresbericht 2004 zur Kinder- und Jugendarbeit in
Münster**

Eingangs dankte der Vorsitzende der Verwaltung für den vorgelegten Bericht und die damit geleistete Arbeit.

Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung beantworteten verschiedene Detailfragen.

Frau Pohl betonte das große Engagement der freien Träger in Münster, durch das es letztlich gelungen sei, trotz finanzieller Kürzungen im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit in wichtigen Bereichen sehr guten Angebote sicherzustellen.

Dies wurde von unterschiedlicher Seite bestätigt, wobei die künftige Finanzentwicklung skeptisch und der Bereich der Kooperation zwischen Schule und Jugendhilfe noch als verbesserungswürdig beurteilt wurden.

Der Ausschuss nahm den Bericht zur Kenntnis.

**Punkt 9 der Tagesordnung
V/0767/2005**

**Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe
gemäß § 75 SGB VIII - hier: ESE e.V.**

Herr Paschert führte inhaltlich in die Vorlage ein und erläuterte die bisherige positive Zusammenarbeit mit dem Träger.

Frau Greefrath erläuterte den zu Beginn der Sitzung angemeldeten weiteren Informationsbedarf ihrer Fraktion zum Tagesordnungspunkt. Dieser beziehe sich nicht in erster Linie auf den konkreten Träger sondern vielmehr auf die Verfahren zur Anerkennung freier Träger allgemein, einschließlich eventueller Ablehnungen in der Vergangenheit.

In einer kurzen Diskussion wurden weitere Erfahrungen über den konkreten Träger ausgetauscht. Von verschiedener Seite wurde gewünscht, mehr Material zur Beurteilung von Trägern und ihrer Arbeit zur Verfügung zu stellen. Frau Pohl schlug vor, bis zu einer Entscheidung über die Vorlage einen grundsätzlichen Bericht über das Anerkennungsverfahren allgemein zu geben und für den konkret zur Entscheidung vorgeschlagenen Träger weiteres Informationsmaterial bereitzustellen. Der Vorschlag wurde akzeptiert.

Die Beratung der Vorlage wurde vertagt.

Punkt 10 der Tagesordnung

Verschiedenes

Herr Rickfelder teilte mit, dass der Terminplan für die Sitzungen des Ausschusses im kommenden Jahr noch nicht verbindlich festgelegt wurde. Er verlas unter diesem Vorbehalt die geplanten Termine wie folgt: 31.01.2006, 08.03.2006 (Etat), 03.05.2006, 07.06.2006, 16.08.2006, 13.09.2006, 26.10.2006, 29.11.2006. Der Terminplan solle - sobald er verbindlich feststehe - an die Mitglieder geschickt werden.

Der Vorsitzende informierte die Anwesenden darüber, dass die nächste Sitzung des Ausschusses am 23.11.2005 - die letzte Sitzung vor der Winter-/Weihnachtspause - in der Jugendeinrichtung Lorenz Süd, Am Berg Fidel 53, 48153 Münster, stattfinden solle. Dies verband er mit dem Angebot, im Anschluss an die Sitzung noch die Räume der Einrichtung zu besichtigen sowie einige Zeit gemeinsam zu verbringen und sich auszutauschen.

Auf Nachfrage von Frau Benien zu den recht hohen Teilnahmekosten an einer Fachtagung der Bertelsmann-Stiftung verwies der Vorsitzende darauf, dass Mitglieder sich gegebenenfalls mit Veranstaltern vergleichbarer Maßnahmen über Möglichkeiten einer kostengünstigeren Teilnahme verständigen müssten.

Ende der Sitzung: 21:10 Uhr

gez.

Josef Rickfelder
Vorsitz

gez.

Heinz Lembeck
Schriftführung